

## Allgemeine Geschäftsbedingungen der Mercedes-Benz Leasing GmbH für das Leasing von Fahrzeugen

## Verbraucher

### I. Vertragsabschluss und Kaufvertrag

1. Der Leasingnehmer ist an seinen Leasingantrag ab Unterzeichnung vier Wochen und bei Nutzfahrzeugen sechs Wochen gebunden. Bei Vorführ- und Gebrauchtfahrzeugen beträgt die Frist 10 Tage (Pkw) bzw. zwei Wochen (NFZ). Der Leasingvertrag ist abgeschlossen, wenn der Leasinggeber innerhalb dieser Frist die Annahme des Antrages schriftlich bestätigt. Die Annahmeerklärung des Leasinggebers bedarf keiner Unterzeichnung, wenn sie mit Hilfe einer automatischen Einrichtung erstellt wird. Ansonsten ist der Leasingvertrag mit Gegenzeichnung durch die Mercedes-Benz Leasing GmbH geschlossen.
2. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht.
3. Der Leasinggeber oder ein mit ihm gem. §§ 15 ff. AktG verbundenes Unternehmen tritt mit Übergabe des Leasinggegenstandes an den Leasingnehmer in den/die mit dem/den Verkäufer/Verkäufern bestehenden Kaufvertrag/Kaufverträge ein und übernimmt daraus sämtliche Rechte und Pflichten des Leasingnehmers. Das gleiche gilt, wenn der Leasinggeber Schadenersatz wegen Nichterfüllung gemäß Abschnitt VII Ziffer 2 verlangt.
4. Berechtigt eine Preisänderung des Verkäufers den Leasingnehmer vor Eintritt des Leasinggebers in den Kaufvertrag zum Rücktritt und macht der Leasingnehmer hiervon Gebrauch, so ist dieser an den Leasingantrag nicht mehr gebunden.

### II. Leasinggegenstand

Konstruktions- oder Formänderungen des Leasinggegenstandes – nachstehend Fahrzeug genannt – Abweichungen im Farbton sowie Änderungen des Lieferumfanges seitens des Verkäufers bleiben während der Lieferzeit vorbehalten, sofern das Fahrzeug nicht erheblich geändert wird und die Änderungen für den Leasingnehmer zumutbar sind. Dieser Vorbehalt gilt nicht für Vorführ- und Gebrauchtfahrzeuge.

### III. Beginn der Leasingzeit

Die Leasingzeit beginnt an dem zwischen dem Verkäufer und dem Leasingnehmer vereinbarten Tag der Übergabe. Falls auf Wunsch des Leasingnehmers das Fahrzeug vorher zugelassen wird, beginnt die Leasingzeit am Tag der Zulassung. Kommt keine Vereinbarung über den Übergabezeitpunkt zustande, beginnt die Leasingzeit 14 Tage nach Anzeige der Bereitstellung des Fahrzeuges.

### IV. Leasingentgelte und sonstige Kosten

1. Die Leasingraten, eine vereinbarte Sonderzahlung und eine Mehrkilometerbelastung (siehe Leasingantrag) sind Gegenleistung für die Gebrauchsüberlassung des Fahrzeuges und beim Service-Leasing für die zusätzlich vereinbarten Leistungen.
2. Eine vereinbarte Leasingsonderzahlung ist zusätzliches Entgelt neben den Leasingraten und dient nicht als Kautions.
3. Vereinbarte Nebenleistungen, wie z. B. Überführung, An- und Abmeldung des Fahrzeuges sind gesondert zu bezahlen.
4. Grundlage für die Berechnung der Leasingraten ist der Basiswert; dieser ergibt sich aus dem Kaufpreis/den Kaufpreisen des Fahrzeuges/der Fahrzeuge abzüglich einer etwaigen Leasingsonderzahlung. Die Leasingsonderzahlung wird für die vereinbarte Leasingzeit somit bei der Berechnung der Leasingraten zu Gunsten des Leasingnehmers berücksichtigt und ist am Ende der Leasingzeit aufgebraucht. Erhöht oder ermäßigt sich der Kaufpreis bis zum vereinbarten Übergabetermin des Fahrzeuges, ändern sich die Leasingraten für Gebrauchsüberlassung im gleichen Verhältnis, in dem der veränderte Kaufpreis zum ursprünglichen Kaufpreis steht. Das gleiche gilt, wenn sich nach Abschluss des Kaufvertrages Abweichungen aufgrund zwischen dem Leasingnehmer und dem Lieferanten getroffener Zusatzvereinbarungen ergeben, die auf den Kaufpreis Einfluss haben. Das gleiche gilt ferner für Änderungen infolge gesetzlich notwendiger Nachrüstungen während der Leasingzeit. Eine Änderung der Umsatzsteuer während der Leasingzeit führt ebenfalls zu einer Anpassung der Leasingraten (inkl. des auf die Restlaufzeit entfallenden Anteils einer evtl. Leasingsonderzahlung). Erhöht sich die Leasingrate um mehr als 2 % durch Änderung des Kaufpreises des Verkäufers, kann der Leasingnehmer durch Erklärung in Textform binnen zwei Wochen ab Eingang der Mitteilung über die Erhöhung vom Leasingvertrag zurücktreten, sofern das Fahrzeug nicht für einen Unternehmer bestimmt ist. Eine vom Leasingnehmer gewünschte Dauerrechnung, die nach § 14 Abs. 1 Satz 2 UStG erforderlichen Angaben enthält, ist Bestandteil dieses Vertrages.
5. Weitere Zahlungsverpflichtungen des Leasingnehmers nach diesem Vertrag (z. B. Abrechnung gefahrener Mehrkilometer oder im Fall der Kündigung gemäß Abschnitt XV) bleiben unberührt.
6. Der Leasingnehmer ist verpflichtet, außer den im Leasingvertrag ausgewiesenen Gebühren ihm gesondert in Rechnung gestellte Gebühren für die Vertragsverwaltung, z. B. Eintragungen im Kfz-Brief/Zulassungsbescheinigung Teil II, Versendung des Kfz-Briefes/Zulassungsbescheinigung Teil II, sowie für Leistungen, die im Rahmen von Zahlungsrückständen durch den Leasinggeber erfolgen, wie z. B. Mahnungen, Rücklastschriften usw., zu erstatten.

### V. Zahlung, Pre-Notification und Zahlungsverzug

1. Die erste Leasingrate ist bei Übernahme des Fahrzeuges, spätestens 14 Tage nach der Anzeige der Bereitstellung des Fahrzeuges fällig; die weiteren Leasingraten sind jeweils am Monatsersten im Voraus fällig. Beginnt die Leasingzeit nicht am ersten eines Monats sind die erste und die letzte Rate anteilig tageweise zahlbar. Eine Leasingsonderzahlung ist – soweit nichts anderes vereinbart – zu Beginn der Leasingzeit fällig. Der Leasinggeber wird SEPA-Lastschriften mindestens 5 Tage vor Einzug dem Leasingnehmer ankündigen (Pre-Notification). Diese Ankündigungsfrist gilt für alle vereinbarten SEPA-Lastschriften in der Geschäftsbeziehung zwischen Leasinggeber und Leasingnehmer.
2. Die Forderungen auf Ersatz der vom Leasinggeber verauslagten Beträge, die nach dem Vertrag vom Leasingnehmer zu tragen sind, sind nach Anfall/Verauslagung und Rechnungstellung fällig. Alle weiteren Forderungen des Leasinggebers sind nach Rechnungstellung fällig.
3. Kommt der Leasingnehmer mit Zahlungen in Verzug, werden Verzugszinsen in Höhe von 5 %-Punkten über dem von der Deutschen Bundesbank bekannt gegebenen Basiszinssatz berechnet. Die Verzugszinsen sind höher oder niedriger anzusetzen, wenn der Leasinggeber eine Belastung mit einem höheren Zinssatz oder der Leasingnehmer eine geringere Belastung nachweist.
4. Zahlungsanweisungen, Schecks und Wechsel werden nur nach besonderer Vereinbarung und nur zahlungshalber angenommen unter Berechnung aller Einziehungs- und Diskontspesen.
5. Gegen die Ansprüche des Leasinggebers kann der Leasingnehmer nur dann aufrechnen, wenn die Gegenforderung des Leasingnehmers unbestritten ist oder ein rechtskräftiger Titel vorliegt; ein Zurückbehaltungsrecht kann der Leasingnehmer nur geltend machen, soweit es auf Ansprüchen aus dem Leasingvertrag beruht.

### VI. Lieferung und Lieferverzug

1. Liefertermine oder Lieferfristen, die verbindlich oder unverbindlich vereinbart werden können, sind in Textform anzugeben. Lieferfristen beginnen mit Vertragsabschluss. Werden nachträgliche Vertragsänderungen vereinbart, ist erforderlichenfalls gleichzeitig ein Liefertermin oder eine Lieferfrist erneut in Textform zu vereinbaren.
2. Der Leasingnehmer kann sechs Wochen nach Überschreiten eines unverbindlichen Liefertermins oder einer unverbindlichen Lieferfrist den Leasinggeber auffordern zu liefern. Mit dem Zugang der Aufforderung kommt der Leasinggeber in Verzug, es sei denn der Leasinggeber hat dies nicht zu vertreten. Der Leasingnehmer kann neben Lieferung Ersatz eines durch die Verzögerung etwa entstandenen Schadens verlangen; dieser Anspruch beschränkt sich bei leichter Fahrlässigkeit des Leasinggebers auf höchstens 5 % des Fahrzeugpreises entsprechend der unverbindlichen Preisempfehlung des Listenpreises (einschließlich Umsatzsteuer) des Fahrzeugherstellers zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses. Will der Leasingnehmer darüber hinaus Schadenersatz wegen Nichterfüllung verlangen oder vom Vertrag zurücktreten, so muss er dem Leasinggeber nach Ablauf der Sechs-Wochen-Frist gemäß Ziffer 2 Abs. 2 Satz 1 eine angemessene Frist zur Lieferung setzen, mit dem Hinweis, dass er die Abnahme des Leasinggegenstandes nach Ablauf dieser Frist ablehne. Nach erfolglosem Ablauf dieser Frist ist der Leasingnehmer berechtigt vom Leasingvertrag zurückzutreten oder Schadenersatz wegen Nichterfüllung zu verlangen; dieser beschränkt sich bei leichter Fahrlässigkeit auf höchstens 25 % des Fahrzeugpreises entsprechend der unverbindlichen Preisempfehlung/dem Listenpreis (einschließlich Umsatzsteuer) des Fahrzeugherstellers zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses. Bei Vorführ- und Gebrauchtfahrzeugen ist der Kaufpreis mit Umsatzsteuer gemäß Leasingvertrag maßgebend. Der Anspruch auf Lieferung ist in den Fällen dieses Absatzes ausgeschlossen. Wird dem Leasinggeber, während er im Verzug ist, die Lieferung durch Zufall unmöglich, so haftet er mit den vorstehend vereinbarten Haftungsbegrenzungen. Der Leasinggeber haftet nicht, wenn der Schaden auch bei rechtzeitiger Leistung eingetreten wäre.
3. Wird ein verbindlicher Liefertermin oder eine verbindliche Lieferfrist überschritten, kommt der Leasinggeber bereits mit Überschreiten des Liefertermins oder der Lieferfrist in Verzug, es sei denn der Leasinggeber hat dies nicht zu vertreten. Die Rechte des Leasingnehmers bestimmen sich dann nach Ziffer 2 Abs. 1, Satz 3, Abs. 2 sowie Abs. 3 dieses Abschnittes.
4. Höhere Gewalt beim Leasinggeber oder dessen Lieferanten eintretende Betriebsstörungen, z. B. durch Aufruhr, Streik, Aussperrung, die den Leasinggeber ohne eigenes Verschulden vorübergehend daran hindern, das Fahrzeug zum vereinbarten Termin oder innerhalb der vereinbarten Frist zu liefern, verändern die in Ziffer 1 und 2 genannten Termine und Fristen um die Dauer der durch diese Umstände bedingten Leistungsstörungen. Führen entsprechende Störungen zu einem Leistungsaufschub von mehr als vier Monaten, kann der Leasingnehmer vom Vertrag zurücktreten. Andere Rücktrittsrechte bleiben davon unberührt.

### VII. Übernahme und Übernahmeverzug

1. Der Leasingnehmer hat das Recht das Fahrzeug innerhalb von 14 Tagen nach Zugang der Bereitstellungsanzeige am vereinbarten Übernahmeort zu prüfen und eine Probefahrt über höchstens 20 Kilometer durchzuführen. Der Leasingnehmer ist verpflichtet, das Fahrzeug innerhalb der vorgenannten Frist zu übernehmen. Wird das Fahrzeug bei der Probefahrt vor seiner Abnahme vom Leasingnehmer oder seinem Beauftragten gelenkt, so haftet der Leasingnehmer für dabei am Fahrzeug entstandene Schäden, wenn diese vom Fahrzeuglenker vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht sind. Sind Änderungen im Sinne von Abschnitt II erheblich oder für den Leasingnehmer unzumutbar, kann dieser die Übernahme ablehnen.
2. Bleibt der Leasingnehmer mit der Übernahme des Fahrzeuges länger als 14 Tage ab Zugang der Bereitstellungsanzeige vorsätzlich oder grob fahrlässig im Rückstand, so kann der Leasinggeber eine Nachfrist von 14 Tagen setzen mit der Erklärung, dass er nach Ablauf dieser Frist eine Übergabe ablehne. Nach erfolglosem Ablauf der Nachfrist ist der Leasinggeber berechtigt vom Vertrag zurückzutreten oder Schadenersatz wegen Nichterfüllung zu verlangen.
- Der Bereitstellung und der Setzung einer Nachfrist bedarf es nicht, wenn der Leasingnehmer die Abnahme ernsthaft und endgültig verweigert oder offenkundig auch innerhalb dieser Zeit zur Erfüllung seiner Zahlungsverpflichtung aus dem Leasingvertrag nicht imstande ist. Bei Personenwagen mit nicht gängiger Ausstattung, selten verlangten Fahrzeugtypen und bei Nutzfahrzeugen bedarf es in diesen Fällen auch nicht der Bereitstellung. Verlangt der Leasinggeber Schadenersatz, so beträgt dieser 15 % des Fahrzeugpreises entsprechend der unverbindlichen Preisempfehlung/dem Listenpreis (einschließlich Umsatzsteuer) des Fahrzeugherstellers zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses für dieses Fahrzeug. Bei Vorführ- und Gebrauchtfahrzeugen ist der Kaufpreis mit Umsatzsteuer gemäß Leasingantrag maßgebend. Der Schadenbetrag ist höher oder niedriger anzusetzen, wenn der Leasinggeber einen höheren oder der Leasingnehmer einen geringeren Schaden nachweist.

### VIII. Eigentumsverhältnisse, Halter des Fahrzeuges und Zulassung

1. Eigentümer des Fahrzeuges ist der Leasinggeber oder ein im Sinne der §§ 15ff AktG verbundenes Unternehmen. Der Leasinggeber ist berechtigt, in Abstimmung mit dem Leasingnehmer das Fahrzeug zu besichtigen und auf seinen Zustand zu überprüfen. Der Leasingnehmer darf das Fahrzeug weder verkaufen, verpfänden, verschenken, vermieten oder verleihen, noch zur Sicherung übereignen. Eine Verwendung zu Fahrschulzwecken, als Taxi oder zu sportlichen Zwecken bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Leasinggebers.
2. Der Leasingnehmer hat das Fahrzeug ausschließlich zu dem im Leasingvertrag vereinbarten Verwendungszweck zu benutzen und von Rechten Dritter freizuhalten. Von Ansprüchen Dritter auf das Fahrzeug, Entwendung, Beschädigung und Verlust ist der Leasinggeber vom Leasingnehmer unverzüglich zu benachrichtigen. Der Leasingnehmer trägt die Kosten für Maßnahmen zur Abwehr des Zugriffs Dritter, die nicht vom Leasinggeber verursacht und nicht von Dritten bezahlt worden sind.
3. Nachträgliche Änderungen, zusätzliche Einbauten sowie Lackierungen und Beschriftungen an dem Fahrzeug sind nur zulässig, wenn der Leasinggeber vorher schriftlich zugestimmt hat. Die Zustimmung des Leasinggebers ersetzt nicht eine nach der Straßenverkehrs-Zulassungsordnung etwa erforderliche neue Betriebserlaubnis. Der Leasingnehmer verpflichtet sich, auf Verlangen des Leasinggebers den ursprünglichen Zustand zum Vertragsende auf eigene Kosten wiederherzustellen, es sei denn, der Leasinggeber hat hierauf verzichtet oder der ursprüngliche Zustand kann nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand wiederhergestellt werden. Der Leasingnehmer ist berechtigt, von ihm vorgenommenen Einbauten zum Vertragsende unter der Voraussetzung zu entfernen, dass der ursprüngliche Zustand wieder hergestellt wird. Änderungen und Einbauten begründen nur dann einen Anspruch auf Zahlung einer Ablösung gegen den Leasinggeber, wenn dieser in Textform zugestimmt hat und durch die Veränderungen eine Wertsteigerung des Fahrzeuges bei Rückgabe noch vorhanden ist.

4. Der Leasingnehmer ist Halter des Fahrzeuges. Es wird auf ihn zugelassen. Der Kfz-Brief/Zulassungsbescheinigung Teil II wird vom Leasinggeber verwahrt. Benötigt der Leasingnehmer zur Erlangung behördlicher Genehmigungen den Kfz-Brief/Zulassungsbescheinigung Teil II, wird dieser der Behörde auf sein Verlangen vom Leasinggeber vorgelegt. Wird der Kfz-Brief/Zulassungsbescheinigung Teil II dem Leasingnehmer von Dritten ausgehändigt, ist der Leasingnehmer unverzüglich zur Rückgabe an den Leasinggeber verpflichtet.

#### IX. Halterpflichten

1. Der Leasingnehmer hat alle sich aus dem Betrieb und der Haltung des Fahrzeuges ergebenden gesetzlichen Verpflichtungen, insbesondere die termingerechte Vorführung zu Untersuchungen, zu erfüllen und den Leasinggeber, soweit er in Anspruch genommen wird, freizustellen.
2. Der Leasingnehmer trägt, sofern im Rahmen des Service-Leasing nichts Abweichendes vereinbart ist, sämtliche Aufwendungen, die mit dem Betrieb und der Haltung des Fahrzeuges verbunden sind, insbesondere Steuern, Versicherungsbeiträge, Straßenbenutzungsgebühren, Wartungs- und Reparaturkosten. Leistet der Leasinggeber für den Leasingnehmer Zahlungen, die nicht aufgrund besonderer Vereinbarung vom Leasinggeber zu erbringen sind, kann er beim Leasingnehmer Rückgriff nehmen.
3. Der Leasingnehmer hat dafür zu sorgen, dass das Fahrzeug nach den Vorschriften der Betriebsanleitung des Herstellers behandelt wird. Das Fahrzeug ist im Rahmen des vertraglichen Verwendungszweckes schonend zu behandeln und stets im betriebs- und verkehrssicheren Zustand zu erhalten.
4. Der Leasingnehmer hat dem Leasinggeber in Textform rechtzeitig anzuzeigen, wenn er das Fahrzeug außerhalb Europas sowie in außereuropäischen Gebieten, die zum Geltungsbereich des Vertrages der Europäischen Gemeinschaft gehören, nutzen möchte.
- Bei nicht erfolgter Anzeige ist der Leasinggeber von einer Leistungspflicht bei den Servicekomponenten frei und der Leasingnehmer trägt das Risiko, dass ein entsprechender Versicherungsschutz für das Fahrzeug nicht besteht.
- Ein Einsatz des Fahrzeuges in Kriegs- oder Krisengebieten ist nicht erlaubt.

#### X. Versicherungsschutz und Schadenabwicklung

1. Der Leasingnehmer wird darauf hingewiesen, dass er gem. § 1 PflVG verpflichtet ist, eine Haftpflichtversicherung zur Deckung der durch den Gebrauch des Fahrzeuges verursachten Personenschäden, Sachschäden oder sonstigen Vermögensschäden abzuschließen, wenn das Fahrzeug auf öffentlichen Wegen oder Plätzen (§1 des Straßenverkehrsgesetzes) verwendet wird. Dem Leasingnehmer wird der Abschluss einer Fahrzeugvollversicherung empfohlen.
2. Im Schadenfall hat der Leasingnehmer dem Leasinggeber unverzüglich zu unterrichten; bei voraussichtlichen Reparaturkosten von über EUR 1.500,- hat die Unterrichtung fermündlich vor Erteilung des Reparaturauftrages zu erfolgen, soweit dies dem Leasingnehmer möglich und zumutbar ist. Der Leasingnehmer hat, sofern im Rahmen des Service-Leasing nichts Abweichendes vereinbart ist, die notwendigen Reparaturarbeiten unverzüglich im eigenen Namen und auf eigene Rechnung durchführen zu lassen, es sei denn, dass wegen Schwere und Umfang der Schäden Totalschaden anzunehmen ist oder die voraussichtlichen Reparaturkosten 60 % des Wiederbeschaffungswerts des Fahrzeuges übersteigen. Der Leasingnehmer hat mit der Durchführung der Reparatur einen vom Hersteller anerkannten Betrieb zu beauftragen. In Notfällen können, falls die Hilfe eines vom Hersteller anerkannten Betriebes nicht oder nur unter unzumutbaren Schwierigkeiten erreichbar ist, Reparaturen in einem anderen KFZ-Reparaturbetrieb, der Gewähr für sorgfältige handwerksmäßige Arbeit bietet, durchgeführt werden.
3. Der Leasingnehmer hat dem Leasinggeber ferner unverzüglich eine Kopie der an den Versicherer gerichteten Schadenanzeige und der Rechnung über die durchgeführte Reparatur zu übersenden.
4. Der Leasingnehmer ist auch über das Vertragsende hinaus sowie im Falle einer Kündigung - vorbehaltlich eines Widerrufs durch den Leasinggeber - ermächtigt und verpflichtet, alle fahrzeugbezogenen Ansprüche aus einem Schadenfall im eigenen Namen und auf eigene Kosten geltend zu machen (Prozessstandschaft). Zum Ausgleich des Fahrzeugschadens erlangte Beträge hat der Leasingnehmer im Reparaturfall zur Begleichung der Reparaturrechnung zu verwenden. Ist der Leasingnehmer gemäß Ziffer 2 Satz 2 nicht zur Reparatur des Fahrzeuges verpflichtet, hat er die erlangten Entschädigungsleistungen an den Leasinggeber abzuführen. Diese werden im Rahmen der Abrechnung gemäß Abschnitt XV berücksichtigt.
5. Entschädigungsleistungen für Wertminderungen sind in jedem Fall an den Leasinggeber weiterzuleiten. Der Leasinggeber kann vom Leasingnehmer am Vertragsende eine dann noch bestehende schadenbedingte Wertminderung des Fahrzeuges ersetzt verlangen, soweit der Leasinggeber nicht schon im Rahmen der Schadenabwicklung eine Wertminderungsentschädigung erhalten hat.
6. Bei Totalschaden oder Verlust des Fahrzeuges kann jeder Vertragspartner den Leasingvertrag zum Ende eines Vertragsmonats kündigen. Bei schadenbedingten Reparaturkosten von mehr als 60 % des Wiederbeschaffungswertes des Fahrzeuges, kann der Leasingnehmer innerhalb von 3 Wochen nach Kenntnis dieser Voraussetzungen zum Ende eines Vertragsmonats kündigen. Macht der Leasingnehmer von diesem Kündigungsrecht keinen Gebrauch, hat er das Fahrzeug gemäß Ziffer 2 Satz 2, i. Halbsatz unverzüglich reparieren zu lassen. Kündigt der Leasingnehmer, ist er berechtigt, bereits vor Vertragsende das Fahrzeug an die als Rückgabeort vereinbarte Stelle (siehe Leasingantrag) zurückzugeben. Wird im Falle der Entwendung das Fahrzeug vor dem Eintritt der Leistungsverpflichtung des Versicherers wieder aufgefunden, setzt sich der Leasingvertrag auf Verlangen eines der Vertragspartner zu den bisherigen Bedingungen fort. In diesem Fall hat der Leasingnehmer die zwischenzeitlichen Leasingraten in einer Summe innerhalb einer Woche ab Geltendmachung des Fortsetzungsverlangens nachzuzahlen. Totalschaden, Verlust oder Beschädigung des Fahrzeuges entbinden nur dann von der Verpflichtung zur Zahlung weiterer Leasingraten, wenn der Leasingvertrag wirksam aus vorstehenden Gründen gekündigt ist und nicht fortgesetzt wird; die Folgen einer Kündigung sind in Abschnitt XV geregelt.

#### XI. Haftung

1. Für Untergang, Verlust, Beschädigung und Wertminderung des Fahrzeuges und seiner Ausstattung haftet der Leasingnehmer dem Leasinggeber auch ohne Verschulden, jedoch nicht bei Verschulden des Leasinggebers.
2. Für unmittelbare und mittelbare Schäden, die dem Leasingnehmer oder anderen Personen durch den Gebrauch des Fahrzeuges, Gebrauchsunterbrechung oder Entzug entstehen, haftet der Leasinggeber dem Leasingnehmer nur bei Verschulden; eine etwaige Ersatzhaftung des Leasinggebers für den Hersteller/Importeur nach dem Produkthaftungsgesetz bleibt unberührt.

#### XII. Wartung und Reparaturen

Fällige Wartungsarbeiten hat der Leasingnehmer pünktlich, erforderliche Reparaturen unverzüglich durch einen vom Hersteller anerkannten Betrieb ausführen zu lassen. Das gilt auch für Schäden an der Kilometeranzeige. In diesem Fall hat der Leasingnehmer dem Leasinggeber eine Kopie der Reparaturrechnung mit dem Vermerk des alten Kilometerstandes einzureichen. Schäden am Fahrtenschreiber oder am EU-Kontrollgerät dürfen nur von einer gemäß § 57b Straßenverkehrs-Zulassungsordnung dazu autorisierten Stelle behoben werden. In Notfällen können, falls die Hilfe eines vom Hersteller anerkannten Betriebes nicht oder nur unter unzumutbaren Schwierigkeiten erreichbar ist, Reparaturen in einem anderen Kraftfahrzeug-Reparaturbetrieb, der die Gewähr für sorgfältige handwerksmäßige Arbeit bietet, durchgeführt werden.

#### XIII. Rechte bei mangelhaftem Neu-, Vorführ- und Gebrauchtfahrzeug/Garantien

1. Gegen den Leasinggeber stehen dem Leasingnehmer Ansprüche und Rechte wegen Fahrzeugmängeln nicht zu.
2. An deren Stelle tritt der Leasinggeber sämtliche Ansprüche hinsichtlich Sachmängeln aus § 437 BGB in der jeweiligen Ausgestaltung des dem Leasingvertrag zugrunde liegenden Kaufvertrages über das Fahrzeug (Mängelbeseitigung, Lieferung einer mangelfreien Sache, Rücktritt vom Kaufvertrag, Minderung des Kaufpreises, Schadenersatz und Anspruch auf Ersatz vergeblicher Aufwendungen) sowie etwaige zusätzliche Garantiesprüche gegen den Verkäufer/Dritten an den Leasingnehmer ab. Der Leasingnehmer nimmt die Abtretung an. Der Anspruch auf Erfüllung des Kaufvertrages (§ 433 I 2 BGB), Ansprüche hinsichtlich Rechtsmängeln sowie Ansprüche auf Ersatz eines dem Leasinggeber entstandenen Schadens sind nicht an den Leasingnehmer abgetreten. Der Leasingnehmer verpflichtet sich, die ihm abgetretenen Ansprüche im eigenen Namen mit der Maßgabe geltend zu machen, dass beim Rücktritt vom Kaufvertrag oder Herabsetzung des Kaufpreises (Minderung) etwaige Zahlungen des Verkäufers oder Garantieverpflichteten direkt an den Leasinggeber zu leisten sind. Gegen den Leasinggeber stehen dem Leasingnehmer die Rechte gemäß Satz 1 dieser Ziffer nur zu, sofern der Leasinggeber einen Mangel arglistig verschweigt. Für den Fall einer Vertragskündigung (vgl. Abschnitt X Ziffer 6 und Abschnitt XIV) erfolgt hiermit eine Rückabtretung der oben abgetretenen Ansprüche und Rechte wegen Fahrzeugmängeln an den Leasinggeber, die dieser annimmt.
3. Mängelbeseitigungsansprüche sind vom Leasingnehmer bei einem vom Hersteller anerkannten Betrieb entsprechend der hierfür maßgeblichen Vorschriften des Herstellers zu den Mängelrechten aus dem Kaufvertrag und den Garantiebedingungen geltend zu machen. Bleibt der erste Mängelbeseitigungsversuch erfolglos, wird der Leasinggeber den Leasingnehmer nach Aufforderung in Textform bei der Durchsetzung seines Mängelbeseitigungsanspruches unterstützen.
4. Der Leasingnehmer ist verpflichtet, den Leasinggeber umfassend und unverzüglich über eine Geltendmachung von Ansprüchen und Rechten wegen Fahrzeugmängeln zu informieren.
5. Verlangt der Leasingnehmer Lieferung einer mangelfreien Sache und erklärt sich der Verkäufer damit einverstanden oder wird der Verkäufer rechtskräftig zur Lieferung einer mangelfreien Sache verurteilt, wird der Leasingvertrag mit allen Rechten und Pflichten erst mit Übergabe des Ersatzfahrzeuges in Vollzug gesetzt. Der Leasinggeber erstattet dem Leasingnehmer die bis dahin vom Leasingnehmer gezahlten Leasingraten und etwaige gezahlte Leasingsonderzahlungen, jeweils zzgl. Zinsen in gesetzlicher Höhe sowie etwaige vom Verkäufer erstattete Nebenkosten. Von dieser Forderung des Leasingnehmers werden die Aufwendungen des Leasinggebers für etwaige im Leasingvertrag zusätzlich eingeschlossene Dienstleistungen beim Leasingnehmer abgesetzt. Darüber hinaus bleibt die Geltendmachung eines Anspruchs gemäß Abschnitt XVI Ziff. 3 unberührt, soweit der geringere Wert nicht auf dem Mangel beruht. Der Leasingnehmer hat dem Leasinggeber eine von diesem gegenüber dem Verkäufer geschuldete Nutzungsentschädigung zu erstatten. Erklärt sich der Verkäufer mit der Lieferung einer mangelfreien Sache, Rücktritt vom Kaufvertrag oder Minderung des Kaufpreises nicht einverstanden, ist der Leasingnehmer ab Erklärung dem Verkäufer gegenüber, dass er die Lieferung einer mangelfreien Sache verlange, zur Zurückbehaltung der Leasingraten berechtigt, wenn er unverzüglich - spätestens jedoch von sechs Wochen ab Abgabe der Erklärung - Klage erhebt, es sei denn, dass sich der Leasingnehmer mit dem Leasinggeber über eine etwaige Verlängerung der Klagefrist vorher verständigt hat. Erhebt der Leasingnehmer nicht fristgerecht Klage, ist er erst ab dem Tage der Klageerhebung zur Zurückbehaltung der Leasingraten berechtigt. Das Zurückbehaltungsrecht entfällt rückwirkend, wenn die Klage des Leasingnehmers erfolglos bleibt. Die zurückbehaltenen Leasingraten sind unverzüglich in einem Betrag nachzuzahlen. Der Leasingnehmer hat dem Leasinggeber den durch die Zurückbehaltung der Leasingraten entstandenen Verzugschaden zu ersetzen. Setzt der Leasingnehmer gegen den Lieferanten im Wege der Nacherfüllung einen Anspruch auf Lieferung eines neuen Leasingobjektes durch, wird der Leasingnehmer mit dem Lieferanten vereinbaren, dass dieser das Eigentum am neuen Leasingobjekt unmittelbar auf den Leasinggeber überträgt und dem Leasinggeber den Kfz-Brief/Zulassungsbescheinigung Teil II aushändigt. Die Besitzverschaffung erfolgt durch Lieferung an den Leasingnehmer; er wird den Leasinggeber vor Austausch des Leasingobjektes unterrichten und ihm nach erfolgtem Austausch die Fahrzeug-Ident-Nummer des neuen Leasingobjektes mitteilen.
6. Erklärt der Leasingnehmer den Rücktritt vom Kaufvertrag und ist der Verkäufer zur Rückabwicklung bereit oder wird der Verkäufer aufgrund der Rücktrittsklage des Leasingnehmers rechtskräftig verurteilt, entfällt die Verpflichtung des Leasingnehmers zur Zahlung von Leasingraten. Der Leasinggeber erstattet dem Leasingnehmer die bis dahin vom Leasingnehmer gezahlten Leasingraten und etwaige gezahlte Leasingsonderzahlungen, jeweils zzgl. Zinsen in gesetzlicher Höhe sowie etwaige vom Verkäufer erstattete Nebenkosten. Von dieser Forderung des Leasingnehmers werden die Aufwendungen des Leasinggebers für etwaige im Leasingvertrag zusätzlich eingeschlossene Dienstleistungen beim Leasingnehmer abgesetzt. Darüber hinaus bleibt die Geltendmachung eines Anspruchs gemäß Abschnitt XVI Ziff. 3 unberührt, soweit der geringere Wert nicht auf dem geltend gemachten Fahrzeugmangel beruht. Der Leasingnehmer hat dem Leasinggeber eine von diesem gegenüber dem Verkäufer geschuldete Nutzungsentschädigung zu erstatten. Erklärt sich der Verkäufer mit dem Rücktritt vom Kaufvertrag nicht einverstanden, ist der Leasingnehmer ab Erklärung dem Verkäufer gegenüber, dass er den Rücktritt vom Kaufvertrag verlange, zur Zurückbehaltung der Leasingraten berechtigt, wenn er unverzüglich - spätestens jedoch innerhalb von sechs Wochen ab Abgabe der Erklärung - Klage erhebt, es sei denn, dass sich der Leasingnehmer mit dem Leasinggeber über eine etwaige Verlängerung der Klagefrist vorher verständigt hat. Erhebt der Leasingnehmer nicht fristgerecht Klage, ist er erst ab dem Tage der Klageerhebung zur Zurückbehaltung der Leasingraten berechtigt. Das Zurückbehaltungsrecht entfällt rückwirkend, wenn die Klage des Leasingnehmers erfolglos bleibt. Die zurückbehaltenen Leasingraten sind unverzüglich in einem Betrag nachzuzahlen. Der Leasingnehmer hat dem Leasinggeber den durch die Zurückbehaltung der Leasingraten entstandenen Verzugschaden zu ersetzen.
7. Hat im Fall der Minderung der Verkäufer einen Teil des Kaufpreises an den Leasinggeber zurückgezahlt, berechnet der Leasinggeber auf der Grundlage des herabgesetzten Kaufpreises die noch ausstehenden Leasingraten - unter Berücksichtigung der bereits gezahlten



Leasingentgelte –neu auf Basis der bisherigen Berechnungsmethode.

8. Das Risiko einer Zahlungsunfähigkeit des Gewährleistungsverpflichteten trägt der Leasinggeber.

#### XIV. Kündigung

1. Der Leasingvertrag ist während der vereinbarten Leasingzeit nicht durch ordentliche Kündigung auflösbar. Unberührt bleiben die Kündigungsrechte nach Ziffern 2 und 3 sowie nach Abschnitt X Ziffer 6 (Totalschaden, Verlust oder Beschädigung des Fahrzeuges).
2. Der Leasingnehmer und der Leasinggeber können den Vertrag aus wichtigem Grunde fristlos kündigen. Der Leasingnehmer kann insbesondere dann fristlos kündigen, wenn der Leasinggeber gegen die Pflicht zur Kreditwürdigkeitsprüfung verstoßen hat, es sei denn, der Leasingvertrag hätte bei einer ordnungsgemäßen Kreditwürdigkeitsprüfung geschlossen werden dürfen. Der Leasinggeber kann insbesondere dann fristlos kündigen, wenn der Leasingnehmer:
  - mit mindestens zwei aufeinanderfolgender Leasingraten ganz oder teilweise und mindestens 10 % bei einer Laufzeit des Leasingvertrages von mehr als drei Jahren mit 5 % der Gesamtsumme der für die Leasingzeit vereinbarten Leasingraten in Verzug ist und der Leasinggeber dem Leasingnehmer erfolglos eine zweiwöchige Frist zur Bezahlung des rückständigen Betrages mit der Erklärung gesetzt hat, dass er bei Nichtzahlung innerhalb der Frist die gesamte Restschuld verlangen werde;
  - seine Zahlungen allgemein einstellt
  - als Schuldner einen außergerichtlichen Vergleich anbietet
  - Wechsel und Schecks mangels Deckung zu Protest gehen lässt
  - der Bürge bei Vertragsabschluss unrichtige Angaben gemacht hat
  - gegenüber dem Leasinggeber für die Kreditwürdigkeitsprüfung relevanten Informationen wissentlich vorenthalten oder diese gefälscht hat
  - trotz Abmahnung schwerwiegende Verletzungen des Vertrages nicht unterlässt
  - bereits eingetretene Folgen solcher Vertragsverletzungen nicht unverzüglich beseitigt
3. Stirbt der Leasingnehmer, können seine Erben oder der Leasinggeber das Vertragsverhältnis zum Ende eines Vertragsmonats kündigen.
4. Die Folgen einer Kündigung sind in Abschnitt XV geregelt.

#### XV. Abrechnung nach Kündigung gemäß Abschnitten XIV. oder X. Ziffer 6

1. Wurde der Leasingvertrag gemäß Abschnitt XIV. gekündigt, hat der Leasinggeber folgende Rechte:
  - a) Anspruch auf Herausgabe des Fahrzeugs nach Vertragsende
  - b) Anspruch auf Leasingentgelt bis zur Rückgabe des Fahrzeugs unter Berücksichtigung von Ziffer 5 beim Service-Leasing
  - c) Anspruch auf die bis zum vereinbarten Vertragsende noch ausstehenden Leasingraten (ohne die auf etwaige Servicekomponenten entfallende Ratenanteile), abzüglich der Zinsvorteile aufgrund der vorzeitigen Vertragsbeendigung
  - d) Anspruch auf Erstattung der Sachverständigenkosten für die Bewertung des Fahrzeugs
  - e) Anspruch auf Erstattung etwaiger Rückholkosten
 Von der Summe der lit. c) bis e) werden folgende Positionen in Abzug gebracht:
  - Differenz zwischen dem Fahrzeugwert (Netto-Händlerereinkaufswert) zum Zeitpunkt der vorzeitigen Rückgabe und dem voraussichtlichen Wert des Fahrzeugs (Netto-Händlerereinkaufswert) am vereinbarten Vertragsende;
  - Zinsvorteile infolge vorzeitiger Rückgabe des Fahrzeugs;
  - ersparte, laufzeitabhängige Kosten.
- f) Ist die Summe der vorgenannten Abzugspositionen negativ, findet kein Abzug statt. Da in diesem Fall der Fahrzeugwert zum Zeitpunkt der vorzeitigen Rückgabe geringer ist als der voraussichtliche Wert des Fahrzeugs am vereinbarten Vertragsende, hat der Leasinggeber einen Anspruch auf Erstattung dieses Betrages. Die Forderung ist mit Zugang der Abrechnung zur Zahlung fällig.
- g) Übersteigen die Abzugspositionen die Summe der lit. c) bis e), erfolgt keine Vergütung an den Leasingnehmer.
2. Der Leasinggeber lässt durch einen öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen oder ein unabhängiges Sachverständigenunternehmen die beiden Fahrzeugwerte gemäß Ziffer 1, 1. Spiegelstrich feststellen.
3. Im Falle der vorzeitigen Vertragsbeendigung gemäß Abschnitt X. Ziffer 6 (Totalschaden, Verlust oder Beschädigung des Fahrzeuges) gilt Ziffer 1 mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Zeitpunktes der Rückgabe des Fahrzeuges das vorzeitige Vertragsende gemäß Abschnitt X. Ziffer 6 Satz 1 bzw. Satz 2 tritt. Die dem Leasinggeber zufließenden Leistungen von Versicherern oder ersatzpflichtigen Dritten werden von der Summe aus lit. c) bis e) gemäß Absatz 1 zusätzlich in Abzug gebracht.
4. Der Leasinggeber verzichtet bei Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen bei Untergang, Verlust oder von der Versicherung anerkanntem wirtschaftlichen Totalschaden auf seine Forderung gemäß Ziffer 1 lit. c), wenn dem Leasinggeber Leistungen von Versicherern oder ersatzpflichtigen Dritten spätestens drei Monate nach dem Schadenstag, mindestens in Höhe des Wiederbeschaffungswertes des Fahrzeuges gegebenenfalls abzüglich des vom Versicherer festgelegten Wertes des beschädigten Fahrzeuges zufließen. Etwaig vertraglich vereinbarte Selbstbeteiligungen oder Abzüge aus dem Versicherungsverhältnis gehen zu Lasten des Leasingnehmers. Fließen Leistungen gemäß Satz 1 dem Leasinggeber zu einem späteren Zeitpunkt zu und hat der Leasinggeber dem Leasingnehmer die Forderung gemäß Ziffer 1 lit. c) bereits in Rechnung gestellt, so wird der Leasinggeber die Rechnung stornieren und dem Leasingnehmer gegebenenfalls geleistete Zahlungen zurück erstatten.
5. Beim Service-Leasing erfolgt eine Abrechnung gemäß der Leistungsbeschreibung Service-Leasing.

#### XVI. Rückgabe des Fahrzeuges

1. Nach Beendigung des Leasingvertrages ist das Fahrzeug mit Schlüsseln und allen überlassenen Unterlagen (z.B. Fahrzeugschein, Wartungsheft, Ausweise und im Falle des Service-Leasing die Kundenkarte) vom Leasingnehmer auf seine Kosten und Gefahr unverzüglich am vereinbarten Rückgabeort (siehe Leasingantrag) zurückzugeben. Gibt der Leasingnehmer Schlüssel oder Unterlagen nicht zurück, hat er die Kosten der Ersatzbeschaffung sowie einen sich daraus ergebenden weiteren Schaden zu ersetzen.
2. Bei Rückgabe muss das Fahrzeug in einem dem Alter und der vertragsgemäßen Fahrleistung entsprechenden Erhaltungszustand, frei von Schäden sowie verkehrs- und betriebssicher sein. Normale Verschleißspuren gelten nicht als Schaden. Bei Fahrzeugen mit einem zulässigen Gesamtgewicht ab 7,49 t (mit Ausnahme von Fahrzeugen der Baureihe Mercedes-Benz Vario und Omnibussen) sowie Fahrzeugen der Marke Mitsubishi Fuso muss die Reifenprofiltiefe bei Rückgabe des Fahrzeuges mindestens 6 mm betragen; die Lenkachsen dürfen nicht mit runderneuerten Reifen ausgerüstet sein, alle anderen am Fahrzeug befindlichen Reifen können runderneuert sein. Nachgeschnittene Reifen sind generell unzulässig.

Bei Fahrzeugen unter 7,49 t zulässigem Gesamtgewicht sowie Fahrzeugen der Baureihe Mercedes-Benz Vario und Omnibussen wird über den Zustand bei Rückgabe des Fahrzeuges ein gemeinsames Protokoll angefertigt und von den beiden Vertragspartnern oder ihren Bevollmächtigten unterzeichnet. Bei Fahrzeugen ab 7,49 t zulässigem Gesamtgewicht (mit Ausnahme von Fahrzeugen der Baureihe Mercedes-Benz Vario und Omnibussen) sowie Fahrzeugen der Marke Mitsubishi Fuso wird bei Rückgabe des Fahrzeuges ein Übernahmeformular von beiden Vertragspartnern oder ihren Bevollmächtigten unterzeichnet sowie eine Zustandsbewertung (Gutachten) seitens der fahrzeuggücknehmenden Stelle durch einen öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen oder durch ein unabhängiges Sachverständigenunternehmen veranlasst. Die Kosten hierfür trägt der Leasinggeber.

3. Entspricht das Fahrzeug nicht dem Zustand gemäß Ziffer 2 Satz 1 bis 4 und ist das Fahrzeug hierdurch im Wert gemindert, ist der Leasingnehmer zum Ausgleich dieses Minderwerts zuzüglich Umsatzsteuer verpflichtet. Eine schadensbedingte Wertminderung (Abschnitt X. Ziffer 5) bleibt dabei außer Betracht, soweit der Leasinggeber hierfür bereits Entschädigung erhalten hat.

Bei Rückgabe des Fahrzeuges unter 7,49 t zulässigem Gesamtgewicht sowie bei Fahrzeugen der Baureihe Mercedes-Benz Vario und Omnibussen gilt darüber hinaus folgende Regelung: Können sich die Vertragspartner über einen vom Leasingnehmer auszugleichenden Minderwert nicht einigen, wird der Minderwert auf Veranlassung des Leasinggebers mit Zustimmung des Leasingnehmers durch einen öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen oder ein unabhängiges Sachverständigenunternehmen ermittelt. Die Kosten tragen die Vertragspartner je zur Hälfte. Durch das Sachverständigengutachten wird der Rechtsweg nicht ausgeschlossen.

4. Wird das Fahrzeug nicht termingemäß zurückgegeben, werden dem Leasingnehmer für jeden überschrittenen Tag als Grundbetrag 1/30 der für die Vertragszeit vereinbarten monatlichen Leasingrate und die durch die Rückgabeverzögerung verursachten Kosten berechnet. Im übrigen gelten während dieser Zeit die Pflichten des Leasingnehmers aus diesem Vertrag sinngemäß fort.

5. Bei einem Vertrag mit voller Amortisation (Restwert 0 %) erhält der Leasingnehmer nach Rückgabe und Verwertung des Fahrzeuges und Erfüllung der sonstigen vertraglichen Verpflichtungen eine Vergütung in Höhe von 75 % des sich aus der Verwertung des Fahrzeuges ergebenden Erlöses nach vorherigem Abzug des Verkaufs- und etwaiger Instandsetzungskosten. Die Verkaufskosten werden mit 5 % vom Verkaufserlös festgesetzt.

6. Ein Erwerb des Fahrzeuges durch den Leasingnehmer nach Vertragsablauf ist ausgeschlossen.

#### XVII. Verbraucherstreitschlichtung

Der Leasinggeber ist zur Teilnahme an Streitbeilegungsverfahren vor Schlichtungsstellen weder verpflichtet, noch bereit.

#### XVIII. Allgemeine Bestimmungen

1. Für Streitigkeiten aus diesem Leasingrechtsverhältnis ist Stuttgart Bad Cannstatt der Gerichtsstand, falls der Leasingnehmer keinen allgemeinen Gerichtsstand im Inland hat, nach Vertragsabschluss seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort aus dem Inland verlegt oder sein Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthaltsort zum Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt ist.
2. Der Leasingnehmer hat einen Wohnsitzwechsel bzw. die Änderung des Firmensitzes sowie der Rechtsform des Unternehmens dem Leasinggeber unverzüglich anzuzeigen.
3. Sollten in einem Rahmenvertrag bzw. in einer Abwicklungsvereinbarung zu diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen abweichende Vereinbarungen getroffen worden sein, so gelten die Vereinbarungen des Rahmenvertrages und der Abwicklungsvereinbarung.
4. Ansprüche und sonstige Rechte aus dem Leasingvertrag können nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Leasinggebers abgetreten werden.
5. Haftungsausschlüsse oder Haftungsbeschränkungen jedweder Art zu Gunsten des Leasinggebers oder eines mit diesem gem. §§ 15 ff AktG verbundenen Unternehmens gelten nicht für Schäden, die aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit resultieren.

## Leistungsbeschreibung Service-Leasing

Die Mercedes-Benz Leasing GmbH (im folgenden MB Leasing genannt) bedient sich zur Erbringung der unten aufgeführten Servicekomponenten der **Daimler Fleet Management GmbH**, Siemensstraße 7, 70469 Stuttgart (im Folgenden DFM genannt).

Nachfolgend werden der Leistungsumfang und die Bedingungen für die von MB Leasing angebotenen Servicekomponenten - insbesondere die Abrechnung im Falle der Vertragsbeendigung - geregelt.

Bei Beendigung des Leasingvertrages durch ordentliche Kündigung oder nach Ablauf der vereinbarten Vertragsdauer (reguläre Vertragsbeendigung) sowie im Falle der außerordentlichen Beendigung des Leasingvertrages (vorzeitige Vertragsbeendigung) werden bei allen nachfolgend beschriebenen Servicekomponenten die vom Kunden an MB Leasing gezahlten Managementgebühren und sonstigen Entgelte für Zusatzleistungen grundsätzlich nicht in die nachfolgend beschriebene Abrechnung der Servicekomponenten einbezogen und grundsätzlich auch nicht anteilig erstattet.

### Service Card

Der Leasingnehmer erhält für sein Fahrzeug - sofern die Servicekomponenten Wartung und Verschleißreparaturen /oder KomfortService /oder Wartung /oder Sommerpaket /oder Winterpaket und/oder Reifenservice/Reifenersatz und/oder Kfz-Versicherung inkl. Schadenmanagement vereinbart wurden - eine auf die Vertragsdauer begrenzte Service Card. Diese berechtigt ihn, die mit dem Leasinggeber vertraglich vereinbarten Service-Leistungen im Namen und für Rechnung der MB Leasing bei vom Fahrzeughersteller/Importeur autorisierten Werkstätten in Auftrag zu geben. Bei Inanspruchnahme der vorgenannten Service-Leistungen ist die Service Card jeweils vorzulegen. Ein Verlust muss der DFM unverzüglich gemeldet werden. Bei Vertragsende hat der Leasingnehmer die Service Card unverzüglich an DFM zu senden.

Nimmt der Kunde Dienstleistungen in Anspruch, die nicht vertraglich vereinbart wurden, kann MB Leasing eine Vergütung in Höhe des für vergleichbare Leistungen auf dem Markt üblichen Preises pro Rechnung verlangen.

### 1 Servicekomponente A (Wartung und Verschleißreparaturen)

#### 1.1 Leistungsumfang

Der Leasingnehmer hat ab Vertragsbeginn Anspruch auf folgende Leistungen:

1.1.1 Leistung aller Wartungsarbeiten gemäß den Vorschriften der Betriebsanleitung des Fahrzeugs in von der Daimler AG autorisierten Werkstätten einschließlich der erforderlichen Teile und Betriebsstoffe, ausgenommen Kraftstoffe.

1.1.2 Reparatur und/oder Erneuerung der Teile, die aufgrund betriebsbedingter Beanspruchung bei bestimmungsgemäßem Einsatz des Fahrzeugs verbraucht bzw. verschlissen sind und die Betriebs- und/oder die Verkehrssicherheit des Fahrzeuges beeinträchtigen (Verschleißreparaturen).

1.1.3 Übernahme von Abschleppleistungen bei technischem Ausfall bis zur nächsten vom Hersteller/Importeur autorisierten Werkstatt, sofern das Abschleppunternehmen von DFM beauftragt wurde.

1.1.4 Ersatzfahrzeugstellung (bis maximal 2.000 ccm) bei technischen Ausfällen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland ab der 49. Stunde nach Aufnahme des Schadens durch eine vom Hersteller/Importeur autorisierte Werkstatt. Die Anmietung des Ersatzfahrzeuges hat vorzugsweise über die Werkstatt zu erfolgen. Die Rückgabe des Ersatzfahrzeuges ist innerhalb von 24 Stunden nach Mitteilung über das Reparaturende am Übernahmeort vorzunehmen.

Die Überlassung des Ersatzfahrzeuges erfolgt ohne zusätzliche Berechnung, soweit die vom Leasingnehmer in Anspruch genommene Laufleistung des Ersatzfahrzeuges auf die vertraglich vereinbarte Gesamtlauflistung des Leasingvertrages angerechnet wird. Eine darüber hinausgehende Fahrleistung wird bei Vertragsende mit dem vereinbarten Mehrkilometersatz berechnet.

1.1.5 Kostenübernahme aller gesetzlich vorgeschriebenen Untersuchungen (z.B. AU/HU).

#### 1.2 Leistungsausschluss

Die Kostenübernahme für die Beseitigung folgender Schäden bzw. für die Ausführung nachstehender Arbeiten ist im Leistungsumfang nicht enthalten:

- Gewalt- oder Unfallschäden
- Schäden infolge unsachgemäßer Behandlung des Fahrzeuges
- Schäden, die durch Veränderungen seitens des Leasingnehmers oder Dritter am Fahrzeug entstanden sind
- Glasbruchschäden
- Schäden durch höhere Gewalt, wie z. B. Hochwasser- oder Sturmschäden
- Schäden durch Marderbiss
- Schäden, die infolge von paraffiniertem Dieseldieselkraftstoff entstehen
- Ersatz von Reifen und Felgen und Beseitigung von Reifen und Felgenschäden, Auswuchten sowie Ummontagen
- Nachfüllen von Öl zwischen Ölwechselintervallen, flüssigen Additiven für die Kraftstoffversorgungs- und oder Abgasanlage wie z.B. Ad blue, Harnstoff, Harnstoff-Wasserlösung und sonstigen Betriebsstoffen außerhalb der Wartungsintervalle.
- zusätzliche Serviceangebote wie z.B. Frühjahrs- / Wintercheck etc.
- Um- und Nachrüstungen, auch wenn diese aufgrund gesetzlicher Bestimmungen erforderlich werden. Dies gilt auch für während der Vertragslaufzeit nachgerüstete Zubehörteile.
- Lackpflege und Schönheitsreparaturen
- Updates (Hard- und Software), Kalibrierungsarbeiten aufgrund von Reifenwechseln sowie Ersatz von defekten CDs für Fahrzeug-Navigationssysteme
- Fahrzeugvermessungen, sofern sie nicht mit dem Austausch von Schadteilen der Achs-/Lenkgeometrie in Zusammenhang stehen

#### 1.3 Arbeiten außerhalb des üblichen Rahmens

1.3.1 Werden auf Verlangen des Leasingnehmers Arbeiten montags bis freitags in der Zeit von 20:00 Uhr bis 07:00 Uhr, samstags nach 12:00 Uhr oder an Sonn- und Feiertagen ausgeführt, so werden dem Leasingnehmer diejenigen Zuschläge gesondert berechnet, die hierfür von der reparaturausführenden Werkstatt in Rechnung gestellt werden. Das Gleiche gilt, wenn auf Verlangen des Leasingnehmers Arbeiten außerhalb einer Werkstatt durchgeführt werden.

1.3.2 Erweitert sich der Umfang der Arbeiten durch unsachgemäße Instandsetzung oder Wartung bei vom Hersteller/Importeur nicht autorisierten Werkstätten oder durch nachträgliche Veränderungen am Fahrzeug seitens des Leasingnehmers oder Dritter, so werden die

dadurch zusätzlich anfallenden Kosten dem Leasingnehmer separat in Rechnung gestellt.

1.3.3 Für nicht in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführte Werkstattleistungen tritt der Leasingnehmer in Vorlage. Nach Einreichung einer detaillierten Rechnung übernimmt MB Leasing hierfür die Kosten bis zu dem Betrag, der bei Ausführung der Arbeiten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland angefallen wäre. Nicht übernommen werden die Kosten des Leasingnehmers für den Einsatz von Kreditkarten oder sonstigen Zahlungsmitteln sowie die mit der Zahlung verbundenen Währungsrisiken.

#### 1.4 Haftung/Ersatzfahrzeug

Kommt MB Leasing mit der Pflicht zur Gestellung eines Ersatzfahrzeuges oder der Leasingnehmer mit der Pflicht zur Rückgabe in Verzug, ist der jeweils andere Teil berechtigt, pro Kalendertag eine Schadenspauschale in Höhe von EUR 50,00 geltend zu machen. Die Pauschale ist höher oder niedriger anzusetzen, wenn die anspruchsberechtigte Vertragspartei einen höheren oder die in Anspruch genommene Vertragspartei einen geringeren Schaden nachweist.

1.5 Bei Beendigung des Einzelvertrages werden die vom Kunden an MBL gezahlten Managementraten und sonstigen Entgelte für Zusatzleistungen grundsätzlich nicht in die nachfolgend beschriebene Abrechnung einbezogen und auch nicht anteilig erstattet.

#### 1.6 Abrechnung bei regulärer Vertragsbeendigung

Nach Ablauf der im Leasingvertrag festgelegten Vertragsdauer des Fahrzeuges führt MB Leasing eine Kilometerausgleichsrechnung durch. Hierbei wird festgestellt, ob zum Vertragsende die vertraglich vereinbarte Laufleistung nach der Formel

vertragliche Gesamtlauflistung  $\cdot$  aktueller Kilometerstand

über- oder unterschritten wurde. Die zu viel bzw. zu wenig gefahrenen Kilometer werden mit den vereinbarten Mehr-/Minderkilometersätzen nachberechnet oder vergütet.

#### 1.7 Abrechnung bei vorzeitiger Vertragsbeendigung

Bei vorzeitiger Vertragsbeendigung führt MB Leasing eine Kilometerausgleichsrechnung durch. Hierbei wird festgestellt, ob die bis zum Zeitpunkt der Vertragsbeendigung vertraglich vereinbarte Laufleistung nach der Formel

$$\text{aktueller km-Stand} \cdot \frac{\text{vertragliche Gesamtlauflistung} \times \text{tatsächliche Laufzeit (Monate)}}{\text{vertragliche Laufzeit (Monate)}}$$

über- oder unterschritten wurde. Die zu viel bzw. zu wenig gefahrenen Kilometer werden mit den vereinbarten Mehr-/Minderkilometersätzen nachberechnet oder vergütet.

Nach Beendigung des Leasingvertrages wird MB Leasing die Summe der Rechnungsbeträge für die am Vertragsfahrzeug ausgeführten Arbeiten feststellen; dies erfolgt ca. drei Monate nach Vertragsbeendigung, damit sichergestellt wird, dass alle Rechnungen vorliegen. Übersteigt die Summe der Rechnungsbeträge die bis dahin an MB Leasing zu entrichtende Vergütung, ist der Leasingnehmer verpflichtet, den Differenzbetrag auszugleichen. Ergibt sich eine Differenz zugunsten des Leasingnehmers, so wird die Hälfte des Überschusses an den Leasingnehmer ausgezahlt, sofern er die Vertragsbeendigung nicht zu vertreten hat. Der Leasingnehmer hat die Vertragsbeendigung dann nicht zu vertreten, wenn das Fahrzeug ohne sein Verschulden untergegangen ist/beschädigt wurde.

### 2 Servicekomponente O (KomfortService)

#### 2.1. Serviceumfang

Der Kunde hat ab Vertragsbeginn Anspruch auf folgende Leistungen (die Aufzählung ist abschließend):

- Leistung aller Wartungsarbeiten gemäß den Vorschriften, die im Serviceheft des Fahrzeuges mit Service A und Service B beschrieben sind und von der Daimler AG autorisierten Werkstätten einschließlich der erforderlichen Teile und Betriebsstoffe, ausgenommen Kraftstoffe
- Leistung aller Zusatzarbeiten zum Service die im Serviceheft mit dem Zusatz „gegen gesonderte Berechnung“ aufgeführt sind
- Erneuerung der Bremsbeläge und Bremsscheiben vorne und hinten, der Wischerblätter vorn und hinten inkl. Lohnkosten die aufgrund betriebsbedingter Beanspruchung bei bestimmungsgemäßem Einsatz des Fahrzeuges verbraucht bzw. verschlissen sind und die Betriebs- und/oder Verkehrssicherheit des Fahrzeuges beeinträchtigen

#### 2.2. Leistungsausschluss

Die Kostenübernahme für die Beseitigung folgender Schäden bzw. für Ausführung nachstehender Arbeiten ist im Leistungsumfang nicht enthalten:

- sämtliche Reparaturarbeiten einschließlich aller Verbrauchs- und Verschleißreparaturen mit Ausnahme der unter 2.1c aufgeführten Arbeiten
- Gewalt- oder Unfallschäden
- Schäden infolge unsachgemäßer Behandlung des Fahrzeuges
- Schäden, die durch Veränderungen seitens des Kunden oder Dritter am Fahrzeug entstanden sind
- Glasbruchschäden
- Schäden durch höhere Gewalt wie z.B. Hochwasser- oder Sturmschäden
- Schäden durch Marderbiss
- Schäden, die infolge von paraffiniertem Dieseldieselkraftstoff entstehen
- Ersatz von Reifen und Felgen, Beseitigung von Reifen- und Felgenschäden, Auswuchten, Ummontagen sowie Reifendruck-Überwachungssystem
- zusätzliche Serviceangebote wie z.B. Frühjahrs- / Wintercheck etc.
- Nachfüllen von Öl zwischen Ölwechselintervallen, flüssigen Additiven für die Kraftstoffversorgungs- und/oder Abgasanlage wie z.B. Ad blue, Harnstoff, Harnstoff-Wasserlösung und sonstigen Betriebsstoffen außerhalb der Wartungsintervalle
- Um- und Nachrüstungen - auch wenn diese aufgrund gesetzlicher Bestimmungen erforderlich werden. Dies gilt auch für während der Vertragslaufzeit nachgerüstete Zubehörteile. Das Fahrzeug entspricht dadurch nicht mehr dem Originallieferungsumfang bei Auslieferung
- Lackpflege und Schönheitsreparaturen
- Updates (Hard- und Software), Kalibrierungsarbeiten aufgrund von Reifenwechseln sowie Ersatz von defekten DVDs/CDs für Fahrzeug-Navigationssysteme
- Fahrzeugvermessungen, sofern sie nicht mit dem Austausch von Schadteilen der Achs-/Lenkgeometrie in Zusammenhang stehen



### 2.3. Zeitpunkt der Wartungsdurchführung

Die fälligen Wartungsarbeiten dürfen maximal 1.000 km oder vier Wochen vor Fälligkeit der Services gemäß Anzeige im Display der Instrumententafel des Fahrzeugs durchgeführt werden.

### 2.4. Arbeiten im Ausland

Vertragsleistungen dürfen nur in Ausnahmefällen im Ausland durchgeführt werden. In diesem Fall muss der Kunde in Vorlage treten. Nach Einreichung einer detaillierten Rechnung werden die angefallenen Kosten bis zu dem Betrag übernommen, der bei Ausführung der Arbeiten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland angefallen wäre.

### 2.5 Abrechnung bei regulärem Vertragsende

Die Abrechnung erfolgt gemäß Punkt 1.6

### 2.6 Abrechnung bei vorzeitigem Vertragsende

Die Abrechnung erfolgt gemäß Punkt 1.5 und Punkt 1.7

## 3 Servicekomponente M (Wartung)

### 3.1 Leistungsumfang

Der Kunde hat ab Vertragsbeginn Anspruch auf folgende Leistungen:

3.1.1 Leistung aller Wartungsarbeiten (Services) gemäß Serviceheft der Daimler AG für das Fahrzeug in von der Daimler AG autorisierten Werkstätten einschließlich der erforderlichen Teile und Betriebsstoffe, ausgenommen Kraftstoffe bis zum Erreichen der vereinbarten Gesamtleistung.

3.1.2 Leistung aller Wartungsarbeiten (Services), die im Serviceheft mit dem Zusatz „gegen gesonderte Berechnung“ gekennzeichnet sind bis zum Erreichen der vereinbarten Gesamtleistung.

3.1.3 Alle Wartungsarbeiten dürfen maximal 1.000 km oder vier Wochen vor Fälligkeit der Services gemäß Anzeige im Display der Instrumententafel des Fahrzeugs durchgeführt werden.

### 3.2 Leistungsausschluss

Die Kostenübernahme für die Ausführung nachstehender Arbeiten sowie die Beseitigung folgender Schäden ist im Leistungsumfang nicht enthalten:

- alle im Serviceheft aufgeführten Wartungsarbeiten (Services) mit dem Zusatz: „gegen gesonderten Auftrag“;
- sämtliche Reparaturarbeiten einschließlich aller Verbrauchs- und Verschleißreparaturen.

### 3.3 Arbeiten außerhalb des üblichen Rahmens

Für nicht in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführte Werkstattleistungen tritt der Leasingnehmer in Vorlage. Nach Einreichung einer detaillierten Rechnung übernimmt MB Leasing hierfür die Kosten bis zu dem Betrag, der bei Ausführung der Arbeiten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland angefallen wäre. Nicht übernommen werden die Kosten des Leasingnehmers für den Einsatz von Kreditkarten oder sonstigen Zahlungsmitteln sowie die mit der Zahlung verbundenen Währungsrisiken.

## 4 Servicekomponente S (Sommerpaket)

**Leistungsumfang gemäß 1 Servicekomponente A (Wartung und Verschleißreparaturen) und zusätzlich** Lieferung von 4 Sommerreifen (Größe und Geschwindigkeitssymbol gemäß Leasingvertrag) inkl. einmaliger Montage, Montagehilfsmittel, Auswuchten und Entsorgung der Altreifen.

**Nicht enthalten** sind Leistungen für Reifenreparaturen, Ummontagen von Sommer- auf Winterräder/-reifen und/oder von Winter- auf Sommeräder/-reifen, Felgen, Radzierdeckel, Einlagerungskosten, anfallende Kalibrierungsarbeiten an Fahrzeug-Navigationssystemen sowie alle Leistungen, die im Zusammenhang mit Reifendruck-Überwachungssystemen stehen.

### Abrechnung bei regulärem Vertragsende

Die Abrechnung erfolgt gemäß Punkt 1.6

### Abrechnung bei vorzeitigem Vertragsende

Die Abrechnung erfolgt gemäß Punkt 1.5 und Punkt 1.7

## 5 Servicekomponente W (Winterpaket)

**Leistungsumfang gemäß 1 Servicekomponente A (Wartung und Verschleißreparaturen) und zusätzlich** Lieferung von 4 Winterkomplettträgern (Größe und Geschwindigkeitssymbol gemäß Leasingvertrag) bei Auslieferung des Fahrzeuges.

**Nicht enthalten** sind Leistungen für Reifenreparaturen, Montage, Ummontagen von Sommer auf Winterräder/-reifen und/oder von Winter- auf Sommeräder/-reifen, Radzierdeckel, Einlagerungskosten, anfallende Kalibrierungsarbeiten an Fahrzeug-Navigationssystemen sowie alle Leistungen, die im Zusammenhang mit Reifendruck-Überwachungssystemen stehen.

### Abrechnung bei regulärem Vertragsende

Die Abrechnung erfolgt gemäß Punkt 1.6

### Abrechnung bei vorzeitigem Vertragsende

Die Abrechnung erfolgt gemäß Punkt 1.5 und Punkt 1.7

## 6 Servicekomponente B (Reifenservice und Reifenersatz)

### 6.1 Leistungsumfang Sommerreifenersatz

Diese Servicekomponente umfasst den Ersatz für die im Leasingvertrag festgelegte Art und Anzahl von Reifen.

Der Reifenersatz richtet sich nach dem im Leasingvertrag festgelegten Reifentyp (Größe und Geschwindigkeitssymbol)

Die Leistung umfasst die Lieferung, Montage, Montagehilfsmittel, das Auswuchten und die Entsorgung der Altreifen.

**Nicht enthalten** sind Leistungen für Reifenreparaturen, Ummontagen von Sommer- auf Winterräder/-reifen und/oder von Winter- auf Sommeräder/-reifen, Radzierdeckel, Einlagerungskosten, anfallende Kalibrierungsarbeiten an Fahrzeug-Navigationssystemen sowie alle Leistungen, die im Zusammenhang mit Reifendruck-Überwachungssystemen stehen.

### 6.2 Leistungsumfang Winterreifen mit Felgen

6.2.1 Bei der Servicekomponente Winterreifen mit Felgen übernimmt der MB Leasing den Ersatz für die im Leasingvertrag festgelegte Anzahl von Winterreifen, Felgen sowie – soweit vereinbart – Radzierdeckel bei Stahlfelgen.

Der Reifenersatz richtet sich nach dem im Leasingvertrag festgelegten Reifentyp (Größe und Geschwindigkeitssymbol).

Die Leistung umfasst die Lieferung, Montage, Montagehilfsmittel, das Auswuchten und die Entsorgung der Altreifen, sowie die saisonalen Ummontagen von Sommer- auf Winterräder bzw. Winter- auf Sommeräder.

Der Bezugszeitraum für die vereinbarten Winterreifen/-räder beginnt üblicherweise am 15. September des Kalenderjahres und endet am 30. April des Folgejahres.

6.2.2 MB Leasing übernimmt – sofern im Leasingvertrag vereinbart – ferner die Leistung der Reifeneinlagerung der Sommer- und/oder Winterreifen.

Die Reifeneinlagerung erfolgt möglichst nahe des Fahrzeugstandortes bei einem von MB Leasing freigegebenen Reifendienstleister. Im Falle des Standortwechsels besteht kein Anspruch des Leasingnehmers auf erneute Kostenübernahme für die laufende Sommer-/Winterperiode.

**Nicht enthalten** sind Leistungen für Reifenreparaturen und anfallende Kalibrierungsarbeiten an Fahrzeug-Navigationssystemen.

### 6.3 Verpflichtungen des Leasingnehmers

6.3.1 Der Leasingnehmer verpflichtet sich, die Beschaffung der Reifen und – soweit vereinbart

– der Felgen und Radzierdeckel sowie die Einlagerung der Reifen nur bei den von MB Leasing freigegebenen Reifendienstleistern in Auftrag zu geben.

Hierzu erhält der Leasingnehmer in der Fahrermappe eine Auflistung der in Frage kommenden Reifendienstleister.

6.3.2 Falls die vertraglich vereinbarte Reifengröße herstellerseitig nicht verfügbar ist, hat der Leasingnehmer die etwaigen Kosten einer Umbereifung zu 50 % zu tragen.

6.3.3 Der Leasingnehmer ist zum Austausch der Reifen verpflichtet, sobald die jeweils gesetzliche Mindestprofiltiefe, derzeit 1,6 mm, an der schwächsten Stelle des Reifens erreicht ist.

### 6.4 Abrechnung bei regulärem Vertragsende

Ca. drei Monate nach Ablauf der im Leasingvertrag festgelegten Vertragsdauer werden nicht in Anspruch genommene Reifen/Felgen am Vertragsende dergestalt vergütet, dass eine Nachkalkulation der Servicekomponentenrate auf Basis des tatsächlichen Verbrauches vorgenommen wird. Die so neu errechnete Rate wird mit der Vertragslaufzeit in Monaten multipliziert und der bereits gezahlten Ratensumme gegenübergestellt. Soweit sich ein Überschuss ergibt, wird dieser an den Kunden ausgezahlt.

### 6.5 Abrechnung bei vorzeitigem Vertragsende

Nach Beendigung des Leasingvertrages wird MB Leasing die Summe der Rechnungsbeträge für die gelieferten Reifen, Radzierdeckel, Felgen, Radbolzen, Einlagerung sowie sonstige Kosten feststellen. Dies erfolgt ca. drei Monate nach Vertragsbeendigung, damit sichergestellt wird, dass alle Rechnungen vorliegen.

Übersteigt die Summe der Rechnungsbeträge die bis dahin an MB Leasing zu entrichtende Vergütung, ist der Leasingnehmer verpflichtet, den Differenzbetrag auszugleichen. Ergibt sich eine Differenz zugunsten des Leasingnehmers, so wird die Hälfte des Überschusses an den Leasingnehmer ausgezahlt, sofern er die Vertragsbeendigung nicht zu vertreten hat. Der Leasingnehmer hat die Vertragsbeendigung dann nicht zu vertreten, wenn das Fahrzeug ohne sein Verschulden untergegangen ist oder beschädigt wurde.

## 7 Servicekomponente E (Tankkartenmanagement)

### 7.1 Leistungsumfang

7.1.1 Der Kunde ermächtigt MB Leasing im Rahmen des zu schließenden Vertrages mit der Mineralölgesellschaft, die laufende Vertragsabwicklung für ihn vorzunehmen, insbesondere neue Karten für neue Fahrzeuge oder eine Ersatzkarte für vorhandene Fahrzeuge zu beantragen, eine Karte sperren zu lassen, Reklamationen über die Funktionsfähigkeit von Karten vorzunehmen oder Rechnungsreklamationen durchzuführen. Der Kunde wendet sich grundsätzlich in allen diesen Angelegenheiten an DCL.

7.1.2 Die Rechnungsstellung (Original-Rechnungsbeleg) erfolgt direkt an den Kunden jedoch mit postalischem Versand an MB Leasing unter eindeutiger Kennzeichnung der jeweiligen Einzelposition. Sofern die Mineralölgesellschaft eine Sammelrechnung für den Kunden erstellt, werden die Transaktionsdaten durch MB Leasing für den Kunden aufbereitet. Rechnungskopien oder sonstige, die Rechnung betreffende Belege des Kunden, für den Kunden, werden von MB Leasing bei der Mineralölgesellschaft angefordert.

7.1.3 Um Probleme bei der Vertragsdurchführung zu vermeiden, wird die Mineralölgesellschaft etwaige bei ihr unmittelbar vom Kunden eingehende Erklärungen, welche die laufende Vertragsabwicklung betreffen, zurückweisen und auf MB Leasing verweisen.

7.1.4 Reklamationen des Kunden werden von MB Leasing entgegengenommen und an die Mineralölgesellschaft weitergeleitet. Nur soweit es zur Lösung eines Problems erforderlich ist, wird Mineralölgesellschaft unmittelbar mit dem Kunden Kontakt aufnehmen.

7.1.5 MB Leasing wird die Weiterbelastung (Belastungsanzeige an Kunden) der Rechnung der Mineralölgesellschaft an den Kunden monatlich vornehmen und dem Kunden die Originalrechnung der Mineralölgesellschaft zum Vorsteuerabzug übermitteln. Für die Bezahlung der Mineralölgesellschaft-Rechnungen wird MB Leasing eine zusätzliche Vergütung vom Kunden verlangen.

7.1.6 Die Tankkarte/n ist/sind bis zum Ende des auf ihr/ihnen angegebenen Verfallmonats gültig. Mit Beendigung des Leasingvertrages endet automatisch die Berechtigung zur Nutzung der Tankkarte/n.

### 7.2 Verpflichtungen des Kunden

7.2.1 Der Kunde ist verpflichtet, eine Änderung der Adressdaten für die Rechnungsstellung der Mineralölgesellschaft unverzüglich MB Leasing mitzuteilen.

7.2.2 Der Kunde hat die Absicht, dass der Vertrag auf einen anderen Kunden oder ein Tochterunternehmen umgeschrieben werden soll, zwei Monate im Voraus MB Leasing mitzuteilen, um eine korrekte Rechnungsstellung der Mineralölgesellschaft für die genutzte Tankkarte zu gewährleisten.

7.2.3 Zahlungen der Rechnungen der Mineralölgesellschaften erfolgen mit schuldbefreiender Wirkung ausschließlich an MBL.

### 7.3 Rahmenbedingungen zur Leistungserbringung

7.3.1 Bei dem Prozess des Tankkartenmanagements ist der Kunde Vertragsnehmer und Leistungsempfänger für Kraftstoff- und Tankstellendienstleistungen der Mineralölgesellschaft. Die Forderung der Mineralölgesellschaft an den Kunden wird gefactort, d.h. von der Mineralölgesellschaft an MB Leasing verkauft.

7.3.2 MB Leasing ist berechtigt, aus wichtigem Grund (z.B. Zahlungsverzug) von der Mineralölgesellschaft die Sperrung vertragsgegenständlicher Mineralölgesellschaft-Tankkarten verlangen zu können.

7.3.3 Der Kunde willigt ein und stellt sicher, dass MB Leasing alle im Rahmen dieses Tankkartenmanagement-Vertrages von den Mineralölgesellschaften erhaltenen personenbezogenen Daten zum Zwecke der Kundenbetreuung und Vertragsabwicklung erheben, speichern, nutzen, übermitteln und verarbeiten darf.

7.3.4 Das Tankkartenmanagement bedingt das durch Verträge geregelte Dreiecksverhältnis Kunde, Mineralölgesellschaft und MBL. Kündigt eine der Vertragsparteien den Factoringvertrag bzw. den Vertrag zwischen Mineralölgesellschaft und Kunde, hat dies zur Folge, dass eine Fortführung des Tankkartenmanagements nicht möglich ist. Die Servicekomponente Tankkartenmanagement wird zum Kündigungstermin beendet. Die Kündigung der Servicekomponente hat keinen Einfluss auf die Wirksamkeit des Leasingvertrages bzw. die übrigen Servicekomponenten, sofern vereinbart.

Bei Kündigung der Servicekomponente Tankkartenmanagement bleibt der zwischen Kunde und Mineralölgesellschaft bestehende Flottenkartenvertrag weiter gültig.

### 7.4 Haftung

MBL übernimmt keine Gewährleistung und Haftung für die auf Grundlage der Tankkarte erbrachten Leistungen und Lieferungen. MB Leasing haftet insbesondere dann nicht, wenn die Karte nicht anerkannt oder die gelieferte Ware und/oder erbrachten Leistungen nicht ordnungsgemäß sind.

## 8 Servicekomponente C (Kraftfahrzeugsteuer) (Leistung Dritter)

### 8.1 Leistungsumfang und Abtretung der Auszahlungsansprüche

Diese Servicekomponente umfasst die Bezahlung der Kraftfahrzeugsteuer durch MB Leasing an das zuständige Finanzamt. MB Leasing erteilt hierzu dem Finanzamt bei Zulassung der / des Leasingfahrzeugs/s des Kunden eine Ermächtigung zum Einzug der Kraftfahrzeugsteuer vom Konto der MB Leasing. Der Leasingnehmer tritt in diesem Zusammenhang hiermit seine etwaigen Auszahlungsansprüche gegenüber den Steuerbehörden auf Rückerstattung der Kfz-Steuer an die MB Leasing ab. MB Leasing nimmt die Abtretung an.

### 8.2 Pflichten des Leasingnehmers

8.2.1 Der Leasingnehmer ist verpflichtet MB Leasing eine schriftliche Einverständniserklärung mit dem Inhalt zu erteilen, dass die Zulassungsbehörde die kraftfahrzeugsteuerlichen Verhältnisse des Kunden der MBL mitteilen darf.

8.2.2 Der Leasingnehmer sichert MB Leasing zu, dass er bei den Finanzämtern keine Kraftfahrzeugsteuerrückstände hat und auch keine Nebenleistungen zur Kraftfahrzeugsteuer entsprechend § 276 Abs.4 der Abgabenordnung schuldet. Ergibt die Überprüfung durch die Zulassungsbehörde, dass der Leasingnehmer entgegen der Zusicherung Rückstände gem. Satz 1 hat, wird er diese unverzüglich ausgleichen. Kosten die MB Leasing aufgrund dieser Rückstände entstehen werden dem Leasingnehmer in Rechnung gestellt. Falls das Finanzamt aufgrund der von MB Leasing erteilten Einzugsermächtigung Lastschriften einzieht, die nicht im Zusammenhang mit der vertraglich vereinbarten Kraftfahrzeugsteuer stehen, wird die MB Leasing den Lastschriften widersprechen. Kosten die der MB Leasing durch den Widerspruch entstehen, werden dem Leasingnehmer in Rechnung gestellt.

8.2.3 Der Leasingnehmer ist verpflichtet, den/die ihm zugehenden Kfz-Steuerbescheid/e bzw. – erstattung/en unverzüglich nach Erhalt an MB Leasing weiterzuleiten. Sofern der Leasingnehmer den / die Kraftfahrzeugsteuerbescheid/e nicht unverzüglich an MB Leasing sendet, wird MB Leasing dem Leasingnehmer spätestens fünf Wochen nach Zulassung des Fahrzeuges die gesamte vorauslagende Kraftfahrzeugsteuer in Rechnung stellen.

### 8.3 Abrechnung nach Vertragsbeendigung

Nach Beendigung des Leasingvertrages wird MB Leasing die Summe der gezahlten Steuerbeträge für das Vertragsfahrzeug feststellen. Dies erfolgt ca. drei Monate nach Vertragsbeendigung, damit sichergestellt wird, dass alle Steuerbescheide bzw. Erstattungen vorliegen. Die Summe der Ausgaben wird der Summe der Zahlungen an MB Leasing gegenübergestellt. Eine etwaige Unterdeckung ist vom Kunden auszugleichen. Der Überschuss wird dem Leasingnehmer vergütet.

## 9 Servicekomponente D (Rundfunkbeitrag) (Leistung Dritter)

### 9.1 Leistungsumfang

Der Leistungsumfang für die Servicekomponente umfasst die rein administrative Abwicklung im Namen und für Rechnung des Kunden gegenüber dem Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio. Der Kunde erteilt mit Unterzeichnung des Leasingvertrages – soweit diese Servicekomponente vereinbart ist – der MB Leasing die jederzeit widerrufbare Vollmacht, die An- und Abmeldung des jeweiligen Empfangsgerätes bei dem Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio vorzunehmen sowie die Vorauslagung der jeweils fälligen Gebühren durchzuführen. MB Leasing wird insofern nicht Vertragspartner des Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio, sondern lediglich als Bevollmächtigter des Kunden tätig.

### 9.2 Abrechnung bei regulärem und vorzeitigem Vertragsende

Es erfolgt keine Rückerstattung des bereits gezahlten Rundfunkbeitrages.

## 10 Servicekomponente F (Kfz-Versicherung inkl. Schadenmanagement) (Leistung Dritter)

### 10.1. Leistungsumfang

Bei der Servicekomponente Versicherung beschränkt sich die Dienstleistung der MB Leasing auf die Vermittlung der vom Kunden gewünschten Versicherungsdienstleistungen und deren Abwicklung im Zusammenhang mit der Verwaltung des jeweiligen Fahrzeuges und das Schadenmanagement im Rahmen der vereinbarten Versicherungen. MB Leasing verauslagt die mit dem Versicherer vereinbarte Versicherungsprämie und stellt diese dem Kunden monatlich mit den anderen Servicekomponenten in Rechnung. Die Einzelheiten der jeweiligen

Versicherung ergeben sich aus der Police sowie den zwischen dem Kunden und dem jeweiligen Versicherer vereinbarten Versicherungsbedingungen.

### 10.2. Mobilitätsleistung (Schutzbrief)

#### Allgemeine Bedingungen

Sofern die Vermittlung der Haftpflichtversicherung über die MB Leasing erfolgte, ist die Mobilitätsleistung gemäß nachfolgenden Bedingungen inbegriffen:

Der in der Folge beschriebene Schutzbrief (Mobilitätsleistung) wird von MB Leasing für ein geleastes Fahrzeug bei einem deutschen Versicherer zu untenstehenden Bedingungen versichert. Schadenmeldungen können rund um die Uhr über die MB Leasing und ihren 24-h-Notruf eingereicht werden. Wenn das Vertragsfahrzeug aufgrund eines Unfalles oder Diebstahles die Fahrt nicht fortsetzen kann, werden im Rahmen der nachstehenden Bedingungen die im Einzelnen aufgeführten Leistungen als Service oder als Ersatz für aufgewandte Kosten erbracht.

#### 10.2.1 Unfallbegriff

Unter Unfall ist jedes unfreiwillig, unmittelbar von außen her plötzlich mit mechanischer Gewalt einwirkendes Ereignis auf das Vertragsfahrzeug zu verstehen.

#### 10.2.2 Sachlicher, zeitlicher und örtlicher Geltungsbereich

- Anspruchsberechtigte Personen im Sinne dieser Bedingungen sind der Kunde, der berechtigte Fahrer eines Vertragsfahrzeuges sowie berechtigte Insassen.
- Vertragsfahrzeuge im Sinne dieser Bedingungen sind Fahrzeuge, für die bei MB Leasing ein Leasingvertrag mit Versicherungsbaustein besteht, und die in der Bundesrepublik Deutschland als Pkw ohne Vermietung zugelassen sind. Das Vertragsfahrzeug darf nach Bauart und Ausstattung nur zur Beförderung von nicht mehr als neun Personen bestimmt sein.
- Der Anspruch auf Mobilitätsleistung beginnt mit dem Vertragsbeginn des Leasingvertrages unter der Voraussetzung, dass dort die Servicekomponente Versicherung vereinbart wurde und endet mit dem Ende des Leasingvertrages bzw. mit der Fahrzeugrückgabe durch den Leasingnehmer.
- Versicherungsschutz besteht für Schadenfälle in Deutschland und in den genannten europäischen Ländern: Andorra, Belgien, Dänemark, Finnland, Schweden, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Liechtenstein, Luxemburg, Monaco, Niederlande, Spanien, Nordirland, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweiz, Ungarn, Polen, Tschechien, Lettland, Litauen, Estland, Malta, Slowakische Republik, Slowenien und Zypern

#### 10.2.3 Leistungen

##### a) Abschleppen

Ist das Vertragsfahrzeug aufgrund eines Unfalles nicht mehr fahrbereit, lässt der 24-h-Notruf das Fahrzeug einschließlich Gepäck und nicht gewerblich beförderter Ladung in Deutschland in die nächste dienstbereite Herstellerwerkstatt abschleppen. Im übrigen Geltungsbereich vermittelt der 24-h-Notruf das Abschleppen. Es werden die Kosten zur nächsten dienstbereiten Herstellerwerkstatt bis maximal EUR 200,00 übernommen.

##### b) Bergen des Fahrzeuges nach Unfall

Ist das Fahrzeug nach einem Unfall von der Straße abgekommen, werden die Kosten für die Bergung einschließlich Gepäck und nicht gewerblich beförderter Ladung bis zu einem Maximalbetrag von EUR 10.000,00 ersetzt.

##### c) Taxi

Besteht in direktem Zusammenhang mit einem Unfall des Vertragsfahrzeuges die Notwendigkeit für Kurzfahrten zum Bahnhof, Flughafen, Hotel, Wohn- oder Zielort, zur Autovermietung oder Herstellerwerkstatt ein Taxi in Anspruch zu nehmen, so werden die Kosten bis zu max. EUR 50,00 pro Schadenfall übernommen. Diese Leistung gilt entsprechend nach Diebstahl des Vertragsfahrzeuges.

##### d) Ersatzfahrzeug

Ist das Vertragsfahrzeug aufgrund eines Unfalles nicht mehr fahrbereit oder wurde es gestohlen, werden an anstelle der Leistungen gemäß Ziffer 10.2.3 unter e) die Kosten für die Anmietung eines gleichartigen Selbstfahrervermietfahrzeuges bis zur Wiederherstellung der Fahrbereitschaft, jedoch höchstens für sieben Tage zu maximal EUR 70,00 je Tag, erstattet. Bei Schadenfällen im Ausland werden Mietwagenkosten für die Fahrt zum ständigen Wohnsitz des Fahrers bis zu EUR 500,00 auch für eine geringere Anzahl von Tagen übernommen. Kosten für Betriebsstoffe werden nicht übernommen.

##### e) Bahnfahrt, Flug

Ist das Vertragsfahrzeug aufgrund eines Unfalles nicht mehr fahrbereit und kann es am Schadentag durch eine Herstellerwerkstatt nicht fahrbereit gemacht werden, werden anstelle der Leistung gemäß Ziffer 10.2.3 unter d) (Ersatzfahrzeug) die Kosten einer Bahnfahrt 1. Klasse oder eines Flugtickets erstattet. Die Kosten werden für die Fahrt des Fahrers vom Schadensort zum Wohnsitz der Insassen oder zum nachweislich geplanten Zielort, jedoch höchstens innerhalb des Geltungsbereichs gemäß Ziffer 10.2.2 unter d) der Reise übernommen. Die Erstattung ist pro Schadenfall und Insasse auf max. EUR 200,00 beschränkt. Zusätzlich werden Bahnfahrtkosten 1. Klasse zum Reparatur-Ort zur Abholung des reparierten Fahrzeuges für eine Person übernommen.

Diese Leistung gilt entsprechend nach Diebstahl des Vertragsfahrzeuges.

##### f) Übernachtung bei Fahrzeugausfall

Ist das Vertragsfahrzeug aufgrund eines Unfalles nicht mehr fahrbereit oder wurde es gestohlen, werden die Kosten für eine Übernachtung mit Frühstück bis zu max. EUR 80,00 je Insasse ersetzt, wenn der Wohnort der Personen mehr als 40 km (Luftlinie) vom Schadensort entfernt ist. Diese Leistung gilt entsprechend nach Diebstahl des Vertragsfahrzeuges.

Ist das Vertragsfahrzeug auch am darauf folgenden Tag noch nicht fahrbereit, werden anstelle der Leistungen gemäß Ziffer 10.2.3 unter d) (Ersatzfahrzeug) oder Ziffer 10.2.3 unter e) (Bahnfahrt, Flug) Kosten für drei weitere Übernachtungen mit Frühstück, längstens für die Dauer der Instandsetzung, bis zu max. EUR 80,00 pro Nacht und Insassen ersetzt.

##### g) Ersatzteilversand

Ist das Vertragsfahrzeug aufgrund eines Unfalles im Ausland nicht mehr fahrbereit, und kann der Schaden an dem Fahrzeug in der Herstellerwerkstatt nicht an Ort und Stelle behoben werden, weil die zur Wiederherstellung der Fahrbereitschaft notwendigen Ersatzteile nicht verfügbar sind, werden die Sonderbeschaffungskosten (Luftfracht- und Expresskosten) einschließlich der Zollabfertigungsgebühren für diese notwendigen Ersatzteile übernommen.

##### h) Fahrzeugzuführung des reparierten Fahrzeuges

Kann das Vertragsfahrzeug aufgrund eines Unfalles am Schadentag durch eine Herstellerwerkstatt nicht fahrbereit gemacht werden und werden die Leistungen gemäß Ziff. 10.2.3 unter d), e) oder f) nicht in Anspruch genommen, veranlasst der 24-h-Notruf die

kostenfreie Zuführung des reparierten Fahrzeugs zum Wohnsitz des Fahrers oder zum nachweislich geplanten Zielort der Reise bis zu einer Entfernung von 200 km (Luftlinie) vom Schadensort. Kann das Vertragsfahrzeug aufgrund eines Unfalles von der Herstellerwerkstatt nicht innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Schadeneintritt fahrbereit gemacht werden, veranlasst der 24h Notruf auf Wunsch die kostenfreie Zuführung des reparierten Fahrzeugs zum Wohnsitz des Fahrers auch über eine Entfernung von 200 km (Luftlinie) vom Schadensort hinaus. Dies gilt auch für die Zuführung zum Zielort der Reise, soweit der Zielort nicht weiter entfernt ist als der Wohnsitz des Fahrers.

j) Fahrzeugweitertransport

Ist das Vertragsfahrzeug aufgrund eines Unfalles im Ausland nicht mehr fahrbereit und kann es nicht mehr fahrbereit gemacht werden, veranlasst der 24h-Notruf den kostenfreien Weitertransport des Fahrzeugs zur nächsten geeigneten Herstellerwerkstatt. Voraussetzung ist, dass die Kosten einer Reparatur den Wiederbeschaffungswert des Fahrzeugs am Schadentag im Inland nicht übersteigen. Diese Leistung gilt entsprechend, wenn das Vertragsfahrzeug nach einem Diebstahl wieder aufgefunden wird und zur Zeit des Auffindens noch nicht in fremdes Eigentum übergegangen ist.

9.2.4 Ausschlüsse von der Mobilitätsleistung

a) Es besteht kein Anspruch auf Mobilitätsleistungen, wenn

- das Ereignis, aufgrund dessen der Versicherer in Anspruch genommen wird (Schadenfall),
- Krieg, innere Unruhen, Verfügungen von hoher Hand, Erdbeben oder Kernenergie verursacht wurde;
- vom Fahrer bzw. berechtigten Insassen vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt wurde.

b) In Schadenfällen im Zusammenhang mit der Benutzung des Vertragsfahrzeuges besteht außerdem kein Leistungsanspruch, wenn

- der Fahrer des Vertragsfahrzeugs bei Eintritt des Schadens nicht die vorgeschriebene Fahrerlaubnis hatte oder zum Führen des Fahrzeugs nicht berechtigt war. In diesen Fällen bleibt der Leistungsanspruch jedoch für diejenigen Personen bestehen, die das Fehlen der Fahrerlaubnis oder die Nichtberechtigung des Fahrers keine Kenntnis hatten.
- mit dem Vertragsfahrzeug bei Schadeneintritt an einer Fahrveranstaltung, bei der es auf die Erzielung einer Höchstgeschwindigkeit ankam, einer dazugehörigen Übungsfahrt oder einer Geschicklichkeitsübung teilgenommen wurde.

9.2.5 Pflichten des Kunden nach Schadeneintritt

Der Kunde hat nach Eintritt des Schadenfalles

- a) den Schaden der MB Leasing unverzüglich anzuzeigen;
- b) den Schaden so gering wie möglich zu halten und eventuelle Weisungen der MB Leasing bzw. des Versicherers zu befolgen, soweit es die Umstände gestatten, solche Weisungen einzuholen;
- c) dem Versicherer bzw. MB Leasing jede zumutbare Untersuchung über Ursache und Höhe des Schadens und über den Umfang ihrer Entschädigungspflicht zu gestatten sowie Originalbelege zum Nachweis der Schadenhöhe vorzulegen, soweit ihm dies billigerweise zugemutet werden kann;
- d) den Versicherer bei der Geltendmachung der aufgrund ihrer Leistungen auf sie übergegangenen Ansprüche gegenüber Dritten zu unterstützen und ihr die hierfür benötigten Unterlagen auszuhändigen.
- e) Verletzt der Kunde eine der vorgenannten Pflichten, so ist der Versicherer von der Verpflichtung zur Leistung frei, es sei denn, die Verletzung beruht weder auf Vorsatz noch auf grober Fahrlässigkeit. Bei grob fahrlässiger Verletzung bleibt der Versicherer in Fällen der Ziff. 10.2.5 unter a), c) und d) insoweit zur Leistung verpflichtet, als die Verletzung keinen Einfluss auf die Feststellung oder den Umfang des Versicherers obliegenden Leistung gehabt hat. Im Fall der Ziffer 10.2.1 bleibt der Versicherer bei grob fahrlässiger Verletzung insoweit zur Leistung verpflichtet, als der Umfang des Schadens auch bei gehöriger Erfüllung nicht geringer gewesen wäre.

10.2.6 Zahlung der Entschädigung

- a) Soweit dem Kunden eine Entschädigung in Geld zusteht, hat die Auszahlung binnen zwei Wochen zu erfolgen, nachdem die Leistungspflicht durch den Versicherer dem Grunde und der Höhe nach festgestellt wurde. Jedoch kann einen Monat nach der Anzeige des Schadens als Abschlagszahlung der Betrag beansprucht werden, der nach Lage der Sache mindestens zu zahlen ist.
- b) Hat der Kunde aufgrund der Leistung des Versicherers Kosten erspart, die er ohne den Schadeneintritt hätte aufwenden müssen, kann der Versicherer seine Leistung um einen Betrag in Höhe dieser Kosten kürzen.
- c) Hat der Kunde aufgrund desselben Schadenfalles neben den Ansprüchen auf Leistungen des Versicherers auch Erstattungsansprüche gleichen Inhalts gegen Dritte, kann er insgesamt keine Entschädigung verlangen, die seinen Gesamtschaden übersteigt.

## 11 Verbraucherstreitschlichtung

MB Leasing ist zur Teilnahme an Streitbeilegungsverfahren vor Schlichtungsstellen weder verpflichtet, noch bereit.